



Spree(rh)einblicke

Informationen von Detlev Pilger, MdB

Nr. 021 - Mai 2016



Liebe Genossin,
lieber Genosse,

zunächst möchte ich nochmals unser tolles **Wahlergebnis** vom 13 März betonen. Wir haben einen engagierten und geschlossenen Wahlkampf geführt und zu 100 Prozent hinter Malu und ihrer Mannschaft gestanden. Nur so ist man im Wahlkampf erfolgreich und dies sollte uns allen Mut für die zukünftigen Herausforderungen machen.

Leider ist unser Erfolg auch mit mehreren Wermutstropfen versehen: Zum einen haben wir bei den anderen Landtagswahlen katastrophal abgeschnitten und die **AFD** hat ein unglaubliches Wahlergebnis erzielt. Hiermit müssen wir uns in den kommenden Monaten auseinandersetzen und sie als **rechtspopulistische und menschenverachtende Partei entlarven**. Sie will ein anderes Europa und ein anderes Deutschland, das Abschied nimmt von einer modernen, liberalen Gesellschaft. Dieses Gesellschaftsbild hat aber auch gar nicht mit unseren christlichen Grundwerten zu tun, auf die sich Teile der AFD berufen. Gut, dass beide Kirchen dies gleichermaßen so sehen und den Dialog mit der Parteiführung ablehnen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass wir nicht mit den Wählern dieser Hetzen reden müssen. Viele verstehen die AFD als Protestpartei und sind von den etablierten Parteien enttäuscht und müssen unbedingt zurückgewonnen werden. **Wir müssen die Ängste und Nöte der Menschen ernst nehmen und uns mit unserer Partei für mehr soziale Gerechtigkeit einsetzen.**

Aus diesem Grund gehöre ich zu den ca. 25 Abgeordneten unserer Partei, die ein Grundsatzpapier entwickelt haben, dass **unserer Sozialdemokratisches Profil stärken** soll. Dieses Programm wollen wir beim Parteikonvent vorstellen und diskutieren. Noch haben wir bis zu den nächsten Wahlen etwas Zeit, lasst uns gemeinsam an unserer Partei arbeiten.

Ende April wurde ein Antrag zum Thema **Fracking** von der Linken und den Grünen im Bundestag zur namentlichen Abstimmung gebracht. Grundsätzlich sicherlich in die richtige Richtung. Nur ging es hier nicht nur um den politischen Inhalt, sondern darum, uns in der Öffentlichkeit vorzuführen. Das Ganze sollte ohne Debatte stattfinden, was der Bedeutung des Themas auf keinen Fall gerecht geworden wäre.

Umweltministerin Barbara Hendricks wird in Kürze einen eigenen Gesetzesvorschlag machen, den es dann zu bewerten gilt.

Grundsätzlich halte ich Fracking für überflüssig und mit unabsehbaren Gefahren verbunden - was im Übrigen von Hannelore Kraft und Malu Dreyer ähnlich gesehen wird. Ich werde sehr kritisch die Gesetzesvorlage betrachten und diskutieren und erst dann zu einer nach meinem Gewissen richtigen Entscheidung finden!

Gleichermaßen kritisch sehe ich auch die gegenwärtigen Verhandlungen zu **TTIP**. Hier darf es zu keinen faulen Kompromissen kommen!

Enttäuschend waren die Ergebnisse des **Verkehrswegeplans** und die Herabstufung der **Alternativtrasse**. Auch hier werden wir mit der **Parlamentariergruppe „Bahnlärm“** unseren Protest zum Ausdruck bringen und haben ein Gespräch mit dem Verkehrsminister vereinbart.

Es wurden in Sachen Umrüstung der Güterwagons einige Erfolge erzielt, aber dennoch müssen wir auf weitere Maßnahmen drängen. Eine wirkliche Entlastung wird aber nur durch eine neue Streckenführung erreicht werden.

Allen wünsche ich eine gute Zeit, für Anregungen bin ich dankbar, machts gut und bis bald

Euer Detlev

Videodokumentation der Jusos Koblenz zum
Landtagswahlkampf

»» <http://bit.ly/Jusos-KO-LTW16>

Bürgersprechstunde

Die nächste Bürgersprechstunde findet statt am **Mittwoch, 15. Juni 2016** in der Zeit von **10 bis 12 Uhr**, Bürgerbüro Casinostraße. Zur besseren Planung bitte eine kurze Anmeldung unter detlev.pilger.mdb@bundestag.de oder über das Kontaktformular der Homepage. Vielen Dank.



Spree(rh)einblicke

Informationen von Detlev Pilger, MdB

Nr. 021 - Mai 2016



Elektromobilität ist die Zukunft



(c) Georg Sander|Pixelio.de

Schadstoffe gefährden enorm die Gesundheit, das wissen wir schon seit vielen Jahren. Autos stoßen sehr viele Schadstoffe aus, was zuletzt durch den VW-Abgasskandal schmerzlich in Erinnerung gerufen wurde. Jahrzehnte lang hat man ignoriert, dass Verbrennungsmotoren der Vergangenheit angehören, in der Hoffnung, eines Tages dafür eine Lösung zu haben. Zugunsten der Wirtschaft, zu Lasten der Umwelt und der Menschen hat man diesen Weg eingeschlagen. Nun brauchen wir eine langfristige Lösung, welche schon eigentlich schon lange vorhanden sind: Elektromobilität. Durch Elektromobilität wird nicht nur nachhaltig die Umwelt weniger belastet, sondern auch die Wirtschaft angekurbelt. Durch eine größere Nachfrage an beispielsweise Elektroautos, müssen mehr produziert werden, wofür zusätzliche Arbeitskräfte benötigt werden. Damit das aber funktioniert, müssen wir auch unsere Infrastruktur enorm verbessern – Straßen besser aus-

bauen und reparieren und auch E-Ladestationen für Autos und Fahrräder errichten. Zusätzlich müssen Elektrofahrzeuge, selbstverständlich mit regenerativen Strom aus Wasser-/ Windkraft oder Solarenergie, enorm preiswerter werden. Damals wurde die sogenannte „Abwrackprämie“ eingeführt, um die Wirtschaft anzukurbeln und alte Drecksschleudern aus dem Verkehr zu ziehen, nun benötigt es hier eine Marktstabilisierung und eine soziale Kaufprämie. Wir müssen Anreize für die Bevölkerung schaffen, auch eBikes und eRoller zu benutzen und zu kaufen, die Verkehrsbetriebe können auch auf lange Zeit auf Wasserstoff-/ Elektrobusse umsteigen, wie einige Städte mit gutem Beispiel voran gehen. Ich setze mich dafür ein, dass unsere Kinder nicht in einer von unserer Generation verschmutzten Welt leben, aber das kann nur gehen, wenn auch andere Bürgerinnen und Bürger gemeinsam mit mir wieder den Schmutz wegräumen.

Haltung der Bundesregierung zu Abgasbelastungen

Plenum Live - 164. Sitzung vom 14.04.2016

» http://bit.ly/Pilger_Abgasbelastungen

Politische Fahrt nach Berlin

Politisch Interessierte aus dem Wahlkreis 200 waren von Detlev Pilger MdB, zur Erkundung des politischen Berlins Anfang des Monats eingeladen. Eine Diskussionsveranstaltung in der SPD Parteizentrale, dem Willy-Brandt-Haus, ein Informationsgespräch in der Landesvertretung Rheinland-Pfalz (hier mit einem wunderbaren Mittagessen) und dem Besuch der Gedenkstätte des Deutschen Widerstandes verlangten am ersten Tage schon viel Aufmerksamkeit von den Teilnehmenden. Die Daueraus-

stellungen „Alltag in der DDR“ und die Ausstellung „Wege, Irrwege, Umwege Die Entwicklung der parlamentarischen Demokratie in Deutschland“ waren weitere Punkte des umfangreichen Besucherprogrammes.

Selbstverständlich gehörte auch eine Stadtrundfahrt, an politischen Punkten orientiert, zum Ablauf. Eine Diskussion und ein Austausch über die Arbeit des Bundestags mit Detlev Pilger rundete die Informationsfahrt ab. Insgesamt zeigten sich die Teilnehmenden sehr zufrieden und sehr gut informiert.





Ein zentrales Anliegen: Gutes und bezahlbares Wohnen!

Wichtiges wohnungspolitisches Ziel bei meiner Arbeit als Bundestagsabgeordneter ist für mich die Schaffung sozialer Städte und lebenswerter Quartiere mit bezahlbarem Wohnraum. Alle Menschen in Deutschland sollen Zugang zu bezahlbarem Wohnraum haben!

Deutschland erlebt jedoch einen enormen Druck auf dem Wohnungsmarkt. Pro Jahr werden mindestens 350.000 neue Wohnungen benötigt. Vor allem einkommensschwächere Haushalte haben zunehmend Schwierigkeiten, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Dabei nimmt die Zahl der Personen, die nur über ein geringes Einkommen verfügen, stetig zu. In seinem aktuellen Armutsbericht zeigt der Paritätische Wohlfahrtsverband, dass die Armut in Deutschland unverändert hoch bei 15,4 Prozent liegt. Die stark steigenden Mieten in Ballungszentren führen dazu, dass sich einige Bevölkerungsgruppen ganze Stadtteile nicht mehr leisten können und in Randgebiete verdrängt werden. Der Zuzug von Flüchtlingen und ihre Integration in unsere Gesellschaft fordern die Wohnungswirtschaft und die Wohnungspolitik zusätzlich heraus. Insgesamt hatten im Jahr 2014 Schätzungen zufolge 335.000 Menschen keine Wohnung - Tendenz steigend. Die massive Zunahme der Wohnungslosigkeit hat unter anderem soziale Ursachen wie Armut und die Knappheit an bezahlbarem Wohn-

raum. Einer besonderen Rolle kommt daher dem sozialen Wohnungsbau zu: Er hat eine unentbehrliche Versorgungsfunktion für einkommensschwächere Haushalte und für Menschen, die sich nicht aus eigener Kraft mit angemessenem Wohnraum versorgen können. Neben der Schaffung von ausreichend bezahlbarem Wohnraum muss der Wohnungsbestand aber auch an die Herausforderungen des demografischen Wandels und an die Anforderungen für mehr Energieeffizienz und Klimaschutz angepasst werden.

Der Bund hat nur begrenzt Einfluss auf den Wohnungsneubau - seit 2007 ist die Wohnungsbauförderung vollständig auf die Länder übergegangen. Als Instrument für die Intensivierung des Wohnungsbaus wurde daher vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) das „Bündnis für bezahlbares Wohnen und Bauen“ ins Leben gerufen. Im Bündnis arbeiten Bund, Ländern und Kommunen gemeinsam an der Behebung der Missstände auf dem Wohnungsmarkt. Mit Mietpreisbremse, Makler-Bestellprinzip und Investitionen in den Städtebau sind bereits wichtige Impulse gesetzt. Die Bundesregierung hat außerdem im Zuge des Asylverfahrensbeschleunigungsgesetzes auf den gestiegenen Bedarf auf dem Wohnungsmarkt reagiert und die Mittel für die soziale Wohnraumförderung für die Jahre 2016 bis 2019 auf jetzt insgesamt 4 Milliarden Euro verdoppelt.



Plenum Live - 164. Sitzung vom 14.04.2016

TOP 4 + ZP 3 Aktionsplan für gemeinnützige Wohnungswirtschaft »» bit.ly/Pilger_Wohnungswirtschaft